Bildung in Deutschland 2022

30.06.22

Bildung in Deutschland 2022

Am 23. Juni 2022 ist der zweijährliche Bericht „Bildung in Deutschland“ zum achten Mal erschienen, gemeinsam gefördert von Kultusministerkonferenz und Bundesbildungsministerium. Schwerpunktthemen sind in diesem Jahr der drohende Personalmangel vor allem in der frühen und schulischen Bildung sowie erste Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Lernleistungen, zu denen aber bislang nur wenige valide Erhebungen vorliegen.

Die Ausgangslage

2020 besuchten 17,5 Mio. Menschen formale Bildungseinrichtungen, d.h. Kitas, allgemeinbildende oder berufliche Schulen sowie Hochschulen. Gegenüber 2010 sind das 4 Prozent mehr (Anstieg um 600.000 Menschen). Inzwischen verfügen über 26 Prozent der Bevölkerung über einen höheren beruflichen oder akademischen Abschluss (+ 5 Prozentpunkte zu 2010). Dennoch zeigen sich große Unterschiede, zumal bei Personen ab 25 Jahren mit Migrationshintergrund.

2,6 Mio. Menschen (+ 20 % gegenüber 2010) arbeiten in der Kindertagesbetreuung, (759.500), allgemeinbildenden/beruflichen Schulen (1.109.500) sowie an Hochschulen (710.000), dies entspricht 6 % aller Erwerbstätigen.

Handlungsfelder

Frühe Bildung stark ausgebaut: Rund 92 % der 3- bis unter 6-Jährigen besuchten 2021 eine

Kindertagesbetreuung. Bei Kindern U3 ist in den letzten 10 Jahren der Anteil um fast 10 Prozentpunkte auf 34% gestiegen (= 810.000 Kinder, plus 300.000).

Schulische Bildung ohne spürbare Verbesserung: Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg bleibt weiterhin stark.

Berufliche Bildung – Matchingprobleme: Beim Matching von Angebot und Nachfrage ist die bedeutsamste Problemlage mit 41%, dass Ausbildungsvoraussetzungen der Bewerberinnen und Bewerber und Anforderungen der Betriebe nicht zusammenpassen.

Hochschulische Bildung – Studiennachfrage stabilisiert: Die Akademisierung ist zum Stillstand gekommen. Die inländische Studiennachfrage hat sich auf hohem Niveau stabilisiert (47 % der Alterskohorte; 1970er Jahre 20 %, 1980er Jahre 25 %, 2000er 31 %). 4% der Studienanfänger/innen verfügen über keine schulisch erworbene Studienberechtigung.

Weiterbildung und Lernen im Erwachsenenalter: Trotz weniger Angeboten hohe Weiterbildungsbeteiligung.

Mangel an Bildungspersonal: Besonders groß ist der Bedarf an zusätzlichem Personal in der frühen Bildung, wo bis 2025 in Westdeutschland bis zu 72.500 Fachkräfte fehlen könnten. Für die Schulen wird ein Bedarf von rund 30.000 fehlenden Lehrkräften bis 2030 berechnet. Durch den neuen Rechtsanspruch auf Ganztag in der Grundschule wird darüber hinaus mit einem Zusatzbedarf von bis zu 65.600 Fachkräften gerechnet.

Auswirkungen der Pandemie noch nicht belegbar: Einzelne Erhebungen an Schulen in den Bundesländern und an Grundschulen bundesweit weisen darauf hin, dass der Kompetenzstand von Schülerinnen und Schülern 2021 spürbar niedriger ausfiel als in Vorjahren. Allerdings ist noch nicht nachweisbar, ob die Leistungsrückgänge so auch in anderen Ländern bzw. in anderen Altersgruppen bestehen.

Über den Bildungsbericht

Der Bericht "Bildung in Deutschland" ist Bestandteil eines umfassenden Bildungsmonitorings und hat das Ziel, durch kontinuierliche datengestützte Beobachtung Informationen für politisches Handeln aufzubereiten. Der Bericht führt jedich nicht unmittelbar zu Handlungsempfehlungen, sondern identifiziert Handlungsfelder und –bedarf. Federführend bei der Erstellung ist das Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation (DIPF).

- Auf Xing teilen

- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Nationaler Bildungsbericht

- zum Download "Bildung in Deutschland 2022"

Ihr Ansprechpartner im Verband

Berufs-, Schul- und Ausbildungspolitik

Thoralf

Marks

Telefon:
+49 30 31005-209

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:
Marks [at] wveb.de

Download VCF